

# i Fijáte !

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 323

1. Dez. 2004

11. Jahrgang

## Zehn Jahre Geschichte: Die MINUGUA geht

Nach zehn Jahren Präsenz in Guatemala hat sich die *Mission der Vereinten Nationen zur Überprüfung der Menschenrechte in Guatemala* (MINUGUA) in der vergangenen Woche nun endgültig aus dem Land zurückgezogen. Um verschiedene Aspekte dieser Dekade und Herausforderungen für die Zeit „danach“ zu beleuchten, veröffentlichen wir im Folgenden zum einen zwei Leitartikel aus der Tageszeitung *Prensa Libre* von Haroldo Shetemul und aus *Incidencia Democrática* von Javier De León sowie die Ansprache des UNO-Generalsekretärs Kofi Annan anlässlich des Abschieds der Mission aus Guatemala.

Während das Knattern der Maschinengewehre davon zeugte, dass der bewaffnete Konflikt noch lange nicht vorbei war, kam 1994 eine internationale Gruppe nach Guatemala. Es handelte sich um die *UN-Mission zur Überprüfung der Menschenrechte in Guatemala* (MINUGUA). Ihre Aufgabe bestand darin zu überwachen, dass die von Regierung und Guerilla unterschriebene Vereinbarung, die Menschenrechte zu respektieren, erfüllt wurde.

Aufgrund der historischen Traumatisierung des Landes, in denen Ermordungen, Folterungen und gewaltsames Verschwinden von Personen an der Tagesordnung waren, trauten nur sehr wenige der ausländischen Instanz Glaubwürdigkeit zu. Es fiel schwer sich vorzustellen, dass die so geschändeten Menschenrechte der GuatemalteKInnen in all ihren Ausmassen respektiert werden könnten, angefangen vom Recht auf Leben über die Freie Meinungsäusserung bis hin zu den sozio-ökonomischen Rechten.

Die Arbeit war hart, vornehmlich im Innern des Landes, wo die Armee, die militärischen Beauftragten und die Zivilpatrouillen ihr Bollwerk hatten. Auch wenn die Kämpfe weniger geworden waren, bedeutete dies noch lange nicht die Verminderung des Verletzungsgrades der Menschenrechte. Die Gewalt folgte ihrem Rhythmus und die Hauptopfer waren die Indígenas, die weiterhin als BürgerInnen dritten Ranges betrachtet wurden.

Dennoch ermöglichte die Tatsache, dass die Mitglieder der MINUGUA AusländerInnen waren, dass sie Untersuchungen durchführen und Berichte über die kritische Situation im Land erstellen konnten. Natürlich erhoben die streng konservativen Sektoren ihre Stimmen und betrachteten die Mission als fremde Einmischung in interne Angelegenheiten des Landes.

Zwei Jahre später unterzeichneten die *Nationale Revolutionäre Einheit Guatemalas* (URNG) und die Regierung unter Álvaro Arzú die letzten Friedensverträge und setzten damit 34 Jahren bewaffneten Konflikts ein Ende. Die firmierten Vereinbarungen erlaubten bis in die Zukunft die Beobachtung eines Landes, dem ein Programm struktureller Veränderungen bevorstand. Die Absicht bestand darin, die Ursachen, die zu der kriegerischen Konfrontation geführt und demokratische Wege zur Politikausübung verschlossen hatten, zu überwinden.

Es strömte die ausländische Hilfe und alles schien bereit, dass Guatemala den Ballast zurückliesse, der das Land im Dunkeln und in der Unterentwicklung gehalten hatte. Doch der Traum währte nicht lange und die Realität legte nahe, dass die Vereinbarungen eine Phantasie gewesen waren. Die folgende Regierung von Alfonso Portillo versuchte alles Mögliche, um die Verträge unkenntlich zu machen, ein Tun, das dem Anschein nach

die aktuelle Regierung wiederholt.

Mit der Unterzeichnung der Verträge widmete sich MINUGUA der Überprüfung der Befriedung des Landes. Seit 1997 begann sie, sich Berichte hinsichtlich der Probleme anzuhören, auf die die Erfüllung der Friedensverpflichtungen stiess. Somit wandelte sich diese Institution in die Stimme, die darauf insistierte, dass die Vereinbarungen in bestimmten Aspekten Fortschritte machten, in anderen trat sie auf der Stelle. Vielleicht war sie in manchen Momenten zu diplomatisch, um die Dinge beim Namen zu nennen, wenn es einer klareren Position bedurfte hätte. Und nun ist die Geschichte dieses internationalen Organs, das so eng mit der guatemaltekischen Geschichte der letzten zehn Jahre verbunden ist, vorbei und MINUGUA verlässt das Land.

Das Problem besteht weniger darin, dass diese Institution nicht mehr sein wird, denn das wusste man vorher. Der Nachteil ist vielmehr, dass der Kongress die Installation des *Menschenrechts-Hochkommissionariats der Vereinten Nationen* (ACNUDH) – bislang – nicht gebilligt hat, das die Arbeit von MINUGUA hätte übernehmen und weiterverfolgen können. Dieser Visionsmangel könnte bedeuten, dass das Land die internationale Unterstützung verliert, die keinen Cent kostet und mithelfen könnte bei einem verstärkten Respekt der Menschenrechte.

*(Prensa Libre, Haroldo Shetemul)*

Diese Woche verabschiedete sich auf offiziellem Wege und in einem protokollarischen Akt im Nationalen Kulturpalast die MINUGUA, die während zehn Jahren den Friedensprozess in Guatemala begleitet hat. Der Veranstaltung wohnte Kieran Prendergast, stellvertretender Sekretär in politischen Angelegenheiten der UNO, bei.

Mehr als eine Begleitung, fungierte die Mission innerhalb ihres Mandats als Vermittlerin in verschiedensten Situationen, so beispielsweise in Lösungsprozessen von Konflikten und Lynchjustizfällen oder bei der Schaffung der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC), in Angelegenheiten von Besitz und Besetzung von Ländereien, aber in erster Linie in Sachen Menschenrechte und der Verifizierung der Erfüllung der Friedensverträge.

Just zeitgleich mit dem Abschied von MINUGUA verkündete Vizepräsident Eduardo Stein die Aussendung der Vorschläge für die Billigung der *Untersuchungskommission von Illegalen Körperschaften und klandestinen Apparaten* (CICIACS) und den Antrag für die Einrichtung des *Menschenrechts-Hochkommissionariats der Vereinten Natio-*

nen (ACNUDH).

In beiden Fällen rankt sich die nationale Polemik um die Vor- und Nachteile, dass sich internationale Instanzen im Land installieren und dort als Beobachtende bleiben, vor allem, was die Themen angeht, die konservative Kreise für ausschliesslich nationale Interessen betreffend bewerten, wie beispielsweise die Menschenrechte. Dieser Gegenstand verbleibt mit dem Abgang der MINUGUA in einer Position grosser Verletzbarkeit angesichts des Fehlens internationaler Überprüfung und der institutionellen Schwäche des nationalen *Menschenrechtsprokurats* (PDH), das diese Aufgabe eigentlich zum Grossteil übernehmen soll.

In diesem Sinne besteht Hoffnung in Bezug auf Steins Ankündigung des ACNUDH. Selbst Prendergast bewertete die Billigung als recht wahrscheinlich. Dieser Optimismus konterkariert die Überempfindlichkeit der Abgeordneten der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) hinsichtlich dieser Angelegenheit, die äusserst ängstlich scheinen ob der Überwachung und Berichterstattung über die Verletzungen der Menschenrechte.

Einen noch schwierigeren oder komplexeren Weg bescheinigt man der Billigung der CICIACS. Die Hindernisse, die diese Kommission bisher überwinden musste, lassen ahnen, dass ihre Installation nicht sehr bald passieren wird. An diesem Punkt wird die Situation noch brisanter, denn über die Überwachung oder Analyse der Menschenrechtsverletzungen hinaus, in der Mitglieder des Staates teilnehmen könnten, hätte die CICIACS vor allem die Aufgabe, Ermittlungen von klandestinen Gruppen zu führen, die im Staat selbst verkrustet sind und von dort aus dem Untergrund heraus operieren.

Diese klandestinen Gruppen sind bereits bei diversen Gelegenheiten identifiziert worden als Verantwortliche eines unheilvollen Räderwerks, das die Justiz behindert, die Straflosigkeit erleichtert und ausserdem dem Fortschritte eines Rechtsstaates und der Entwicklung der Demokratie im Wege steht. Diese Gründe sind überzeugend genug für die Notwendigkeit der CICIACS, die ob ihrer Merkmale und Aufgaben das Aktionsfeld übernehmen soll, das MINUGUA sicherlich ausfüllen wollte, was deren Mandat jedoch nicht zulies.

(I.DEM, Javier De León)

### **Die Vereinten Nationen – Der Generalsekretär**

Ich bedaure es sehr, nicht selbst in diesem historischen Moment für Guatemala anwesend sein zu können, doch in Gedanken bin ich bei Ihnen.

Die Vereinten Nationen sind stolz auf ihre Arbeit zu Gunsten des Friedens in Zentralamerika, der seinen Anfang in der altherwürdigen Stadt Esquipulas, Guatemala, nahm, wo die Führenden der Regi-

on die Entscheidung trafen, die grundlegenden Differenzen beizulegen und gemeinsam den Frieden auf dem Isthmus zu suchen. Die Vereinten Nationen haben beispiellos viele Erfolge in der Region erreicht: In den vielfältigen Aktivitäten zur Erhaltung des Friedens, im Schutz der Menschenrechte und in der innovativen Arbeit, die von den Wahrheitskommissionen realisiert wurde. Hier in Guatemala ist die MINUGUA ein gutes Erfolgsbeispiel für die Aktivitäten der UN in der Konsolidierung, das sehr nützlich sein wird für Vorhaben in anderen Teilen der Welt.

Vor allem sind es die GuatemaltekenInnen, die sich stolz fühlen sollten auf das, was sie in den letzten Jahren erreicht haben. Der Weg des Friedens ist kein Werk einer Regierung gewesen, einer politischen Partei oder einer sozialen Gruppe. Zahlreiche Amtsführungen haben ihren Beitrag dazu geleistet, genauso wie ein weiter Fächer von Gruppen der Zivilgesellschaft und der *Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas*. Ihre Bemühungen haben Jahre angehalten und haben stets eine grossartige Entschlossenheit gezeigt. In Folge dessen hat das Volk Guatemalas einer Ära von schrecklicher Gewalt ein Ende gesetzt und führt unterdessen ein wahrlich nationales Programm zu Ende, das in den Friedensverträgen vor acht Jahren festgelegt wurde. Die GuatemaltekenInnen haben enorme Fortschritte in Bezug auf die Probleme des Landes mittels des Dialogs und der Institutionen erreicht und haben eng mit der internationalen Gemeinschaft zusammengearbeitet, womit sie ihr Land zu einem beispiellosen Grad der Prüfung der nationalen Angelegenheiten und der Teilnahme an diesen geöffnet haben. Auf diese Weise ist der Friedensprozess soweit gereift, dass der Moment gekommen ist, in dem die MINUGUA geht.

Das soll nicht heissen, dass die guatemalteckische Gesellschaft nicht immer noch gravierende Probleme hat. Es gibt viele Menschen, die um ihre Sicherheit fürchten. Es gibt grosse soziale Ungleichheiten. Bedauerlicherweise besteht die Diskriminierung aus ethnischen, kulturellen und linguistischen Motiven fort. Und Guatemala ist seiner Verpflichtung nicht nachgekommen, die Opfer des Krieges zu entschädigen und die Steuereinnahmen wesentlich zu erhöhen, um einige sehr notwendige soziale Investitionen finanzieren zu können. Nichtsdestotrotz, diese Probleme können im friedlichen Rahmen der Demokratie angegangen werden.

Das Ende der MINUGUA sollte nicht für das Ende des Friedensprozesses gehalten werden, sondern für den Beginn einer neuen und notwendigen Phase, in der nationale AgentInnen in Zukunft die volle Verantwortung für die Überwachung und die Förderung der Ziele der Friedensverträge übernehmen. Die Organisationen

der Vereinten Nationen werden auch an dieser neuen Phase teilnehmen, indem sie ihre Anstrengungen in die Probleme und definierten Ziele der Verträge konzentrieren. Neben der Arbeit, die das Entwicklungsprogramm und die anderen Fonds und Programme der Vereinten Nationen durchführen, haben die UN ihre Bereitschaft erklärt, Guatemala zur Seite zu stehen, um den Rechtsstaat zu stärken und verlässliche Institutionen einzurichten, die fähig sind, die Menschenrechte aller BürgerInnen zu schützen. Die UN und Guatemala haben Vereinbarungen unterzeichnet für die Öffnung eines Büros des Hochkommissionariats für Menschenrechte und die Schaffung eines Spezialorgans für die Untersuchung klandestiner Gruppen, was die Entschlossenheit des Landes beweist, diesen Problemen die Stirn zu bieten.

Von jetzt an werden die ProtagonistInnen der Geschichte die GuatemaltekenInnen selbst sein, so wie es sein soll. Die Regierung und andere staatlichen Kräfte, die politischen Parteien, die Gruppen der Zivilgesellschaft und die Kommunikationsmedien werden ihre jeweiligen Funktionen übernehmen müssen. Besonders die Organisationen der Zivilgesellschaft spielen eine immer positivere Rolle bei der Überwachung, indem sie Druck auf den Staat ausüben, damit dieser seine Verpflichtungen erfüllt.

Die MINUGUA hätte Guatemala nicht helfen können, diesen Punkt zu erreichen ohne die Unterstützung und die positive Aufnahme von Seiten der gesamten Bevölkerung. Die Institutionen des Staates, die Gemeinschaft der MenschenrechtsaktivistInnen, die Organisationen der Opfer, der JournalistInnen und die Gruppen der Indígenas und der Frauen im ganzen Land haben mitgearbeitet und wirklich spüren können, Teil dieser gemeinsamen Mission zu sein.

Die internationale Gemeinschaft, im Besonderen die sechs „Freunde von Guatemala“ – Kolumbien, Spanien, die Vereinigten Staaten, Mexiko, Norwegen und Venezuela –, haben ebenfalls eine unschätzbare Unterstützung geleistet. Und natürlich die vielen MitarbeiterInnen der MINUGUA, internationale und guatemalteckische, die ohne Einschränkung ihr Können und Engagement mit eingebracht haben.

Wir wollen an die sechs MitarbeiterInnen der UN und den Piloten erinnern, die im Jahre 1988 bei einem Hubschrauberunglück starben und ihre Leben für den Frieden opferten.

Die MINUGUA verlässt Guatemala, aber die Vereinten Nationen sind weiterhin fest entschlossen, den Frieden und die Entwicklung in Guatemala und in der ganzen Region zu erreichen.

Ich hoffe mit Begeisterung auf die Fortsetzung dieser engen und dynamischen Kooperation.

## Nueva Linda: Erschwerte Lösungsschritte

**Guatemala, 23. Nov.** Entgegen der Aussage des Pressesprechers des Landwirtschaftsministeriums (MAGA), Federico Estrada, laut der die BäuerInnen, die nach der gewaltsamen Räumung der Finca Nueva Linda, Retalhuleu, am 31. Aug. die Finca knapp zwei Monate später erneut besetzt hatten, am Sonntag, den 21. Nov. die Finca freiwillig verlassen hätten, behaupten die BäuerInnen diesbezüglich anderes. Im Vorhinein habe man sich tatsächlich mittels der extra eingerichteten Vermittlungskommission für den Fall Nueva Linda darauf geeinigt, dass die BäuerInnen am Montag, 22. Nov., ab 6 Uhr früh die Finca von sich aus verlassen sollten, im Gegenzug zu der Zusage der Einrichtung einer Extra-Einheit der Staatsanwaltschaft, die sich der Ermittlung um das unaufgeklärte Verschwinden des Fincaverwalters Héctor Reyes annehmen soll. Ausserdem soll eine Unterkunft in der Nähe der Finca zur Verfügung gestellt werden, in der die Familie des Vermissten und zehn weitere Personen wohnen könnten. Eine weitere Vereinbarung, die den Weg zur freiwilligen Räumung ebnete, betrifft eine Entschädigungszahlung für die verlorenen Sesam- und Maisernten in Höhe von 620'700 Quetzales, die 510 Familien zu Gute kommen sollen.

Nichtsdestotrotz meldete am Montagmorgen ein Anführer der BäuerInnen, dass am Sonntagnachmittag einige Spa-

nier mit ihren Bodyguards auf die Finca kamen und Schüsse abgaben. Auch wenn niemand verletzt worden sei, hätten sie doch die BesetzerInnen eingeschüchtert. Ausserdem seien Militärfahrzeuge im Umkreis der Finca gesichtet worden. Der Sohn des verschwundenen Reyes berichtet zudem, dass er bereits zum wiederholten Mal dem Versuch von ihm unbekanntem Uniformierten, die wohl zum Sicherheitspersonal des Besitzers der Finca gehören, ihn zu entführen, entgangen sei.

Sollte der Aufenthaltsort des Verwalters nicht binnen zwei Wochen geklärt sein, meldeten die BäuerInnen erneute Massnahmen an. Unterdessen ist die Finca ihrem rechtmässigen Eigentü-

mer, dem Spanier Carlos Vidal wieder übergeben worden.

Doch die angebliche Beweisaufnahme von Seiten der Spezialeinheit (SIC) der Polizei, die BesetzerInnen seien von den mexikanischen Zapatisten mit schweren Waffen ausgerüstet, wohingegen die *Präsidentiale Menschenrechtskommission* COPREDEH und die Landkonfliktkommission CONTIERRA belegen, dass die BäuerInnen allein über ihre für die Landwirtschaft unverzichtbaren Macheten verfügen, heizt die Diskussion und die öffentliche Aufmerksamkeit gegenüber diesem Fall und dem Verhalten der Regierung demgegenüber weiter an, ohne zu einer grundlegenden Lösung beizutragen.

## Staatsgelder für 2005

**Guatemala, 20. Nov.** Am 19. Nov. billigte der Kongress den Staatshaushalt für 2005 über 32,385 Mrd. Quetzales (ca. US-\$ 4,048 Mrd.), etwas mehr also, als 2004 zur Verfügung stand. Die Parteien GANA, PAN, UNE und FRG entschieden mit 112 Stimmen gegen die 14 Nein von URNG, ANN und der Patriotischen Partei (PP). 23,257 Mrd. Q sollen mit Steuereinnahmen, 3,578 Mrd. Q mit Nicht-Steuergeldern gedeckt werden und der Rest fliesst planmässig aus Krediten, die durch die Emission von Staatsanleihen und internationale Verschuldungen aufgenommen werden. Die USA haben dieser Tage bereits 1,536 Mrd. Q zugesagt.

In der Verteilung der Gelder lassen sich leichte Verschiebungen erkennen, die auf den nationalen wie internationalen Druck zurückzuführen sind. So beträgt der Etat 2005 für das Bildungsministerium knapp 650 Mio. Q mehr als im Jahr davor. Dem Gesundheitsressort stehen rund 140 Mio., dem Innenministerium rund 140 Mio. mehr zur Verfügung. Ob die Angaben stimmen, dass die Gelder des Kommunikations- und Infrastrukturministeriums tatsächlich um 2,141 Mrd. Q aufgestockt wurden, bleibt zu hinterfragen, glaubwürdiger dagegen erscheint die Etat-Erhöhung des Landwirtschaftsministeriums um 388 Mio. Q.

Nineth Montenegro von der *Allianz Neue Nation* kritisierte das Mehr um rund 230 Mio. Q für das Verteidigungsressort, würden die Gelder doch zu 99% in Lohnzahlungen fließen. Von konkreten Geldzuwendungen für die ehemaligen Zivilpatrouillen (Ex-PAC) im Rah-

men des Etats ist bislang keine verbindliche Rede.

Während der Sitzung zur Haushaltsbilligung scheiterte eine Gesetzesinitiative der PP, die einige Normen für den Umgang der Staatsgelder aufstellen wollte. So sollte verhindert werden, dass die Ressorts ihre Gelder an Nicht-Regierungsorganisationen überschreiben können, denn "hinterher würden diese zu den eigenen gemacht", wie es in der vorherigen Regierung passierte, so Gudy Rivera von der PP. Die Initiative wurde denn auch nur von ANN und URNG unterstützt mit der Absicht, die Transparenz der Gelderverwendung zu garantieren.

Der PP-Abgeordnete und General a. D. Otto Pérez Molina stellte unterdessen eine belastende Behauptung auf: Victor Ramírez von der GANA habe demzufolge die Billigung des Haushaltes mit Zusagen erkaufte und von den 200 Mio. Quetzales, mit denen die Kasse des *Präsidentialen Sekretariats für Projektkoordination* (SCEP) aufgebessert wird, Fonds versprochen, von denen Vorhaben derjenigen Abgeordneten begünstigt werden sollen, die die Etat-Initiative unterstützten.

Der sowohl intern wie extern kritisierte Plan, der bereits im Juni von Abgeordneten der GANA und UNE vorgelegt, jedoch vom Plenum abgelehnt worden war und eine Erhöhung der Gehälter der Kongressabgeordneten um bis zu 5'000 Quetzales vorsah, wurde derzeit erneut abgeschmettert und soll erst im nächsten Jahr wieder aufs Tapet gebracht werden.

### ¡Fijáte!

**Herausgegeben von:**  
**Solidarität mit Guatemala e.V.**  
**Bankverbindung:**  
**Postbank Karlsruhe**  
**BLZ: 660 100 75**  
**Kto. -Nr.: 32 95 01-751**  
**Aboverwaltung:**  
**Ewald Seiler**  
**Rahel-Varnhagen-Str. 15**  
**79100 Freiburg**  
**fijate@web.de**  
**Redaktion:**  
**Barbara Müller**  
**Christiane Treack**  
**c-tree@gmx.net**  
**Jahres-Abo: 55.- €**  
**Auslands-Abo: 60.- €**  
**E-Mail-Abo: 50.- €**  
**Erscheinungsweise**  
**14-täglich.**  
**Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.**

## Der Verteidigungsetat: Wieviel(,) wohin und woher?

**Guatemala, 27. Nov.** Die schon seit längerem vermuteten Geldtransfer- und wäschegeschäfte im Verteidigungsministerium (MDN), dem aufgelösten *Präsidentialen Generalstab* (EMP) und dem militärischen Vorsorgeinstitut (IMP) in den Jahren 2000, 2002 und 2003 sind nun mit Fakten und Zahlen belegt. Aufgrund einer von der Kongressabgeordneten Nineth Montenegro eingereichten Klage gegen verschiedene ehemalige Funktionäre dieser drei Institutionen begannen die Staatsanwaltschaft und die nationale Rechnungsprüfungsstelle (CGCN) ihre Untersuchungen der militärischen Buchhaltung der Jahre 2000-2003. (Was nicht heissen soll, dass diese vier Jahre die einzigen gewesen wären, in denen ranghohe Militärs sich persönlich aus der Kasse der Institution bedienten.) Das erste Hindernis, das die Staatsanwaltschaft zu bewältigen hatte, war das Lüften des Staatsgeheimnisses, das bisher über den Finanzgeschäften des Militärs gehangen hatte (siehe ¡Fijáte! 319).

Die *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) veröffentlichte ein Dokument, in dem die Art und Weise, wie in den drei militärischen Institutionen das Geld veruntreut wurde, beschrieben wird:

Die einzige Einnahmequelle des vor einem Jahr aufgelösten EMP seien die per Budget zugeschriebenen Gelder gewesen. Während der vergangenen vier Jahre habe der EMP über ca. 600 Mio. Quetzales verfügt, von denen ein grosser Teil auf illegale Weise aus- bzw. weitergegeben worden sei. Die Rechnungsprüfungsstelle habe diverse Belege über Barzahlungen von Gehältern und Honoraren sowie Verträge mit sogenannten Karton- oder Briefkastenfirmen gefunden, ohne dass Beweise vorlägen, dass die bezahlte Arbeit ausgeführt worden sei. Viele dieser Firmen gehörten ausserdem aus verschiedenen EMP-Offizieren. Viele der Schecks seien auf die Namen dieser ehemaligen oder aktuellen Mitarbeitenden des EMP ausgestellt worden. Andere Schecks wiederum, zum Teil in Millionenhöhe, seien während Jahren monatlich auf Personen ausgestellt worden, von denen man nicht wüsste, ob sie wirklich existierten und ob sie jemals für den EMP gearbeitet hätten. Ausserdem seien für „Unvorhergesehenes“ die Kleinigkeit von 115 Mio. Quetzales und für „andere Leistungen“ 94 Mio. Quetzales ausgegeben worden. Die GAM ist deutlich, und nennt die Namen der involvierten Ex-Funktionäre des EMP. Dies hatte denn auch bereits Drohungen gegen den Leiter der Organisation, Mario Polanco, zur Folge.

### Mysteriöser Tod eines Zeugen

Einer der erwähnten Namen ist der-

jenige von José Raúl Cerna Ramírez, Finanzchef des EMP unter der Regierung von Alfonso Portillo und dessen *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG). Cerna Ramírez ist seit Ostern diesen Jahres spurlos verschwunden, es hiess, er habe den Urlaub genutzt, um zu desertieren. Nun ist aber bekannt geworden, dass Cerna Ramírez am 12. April verstorben ist und dass höchstwahrscheinlich eine Vergiftung die Todesursache war.

Der Ex-Oberst lieferte sich am selben Tag selbst ins Spital ein, wo er innerhalb weniger Stunden verstarb. Begraben wurde er anonym und auf gerichtliche Anordnung, ohne Benachrichtigung der Familie in einem Teil des Friedhofes, wo nicht identifizierte Gewaltopfer beerdigt sind. Eigenartigerweise reklamierte auch niemand den Toten. Die nach dem „Desertierten“ suchenden Geheimdienstler ihrerseits beschränkten sich darauf, das Gerücht zu verbreiten, er sei wahrscheinlich nach Mexiko geflohen. Cerna Ramírez galt als ein Schlüsselzeuge für die Aufklärungen der Korruption im EMP unter der FRG-Regierung, offensichtlich hatte er nebst der eigenen Bereicherung auch einiges anderes mitbeobachtet und dieses Wissen an Dritte weitergegeben. So soll er Zeuge davon gewesen sein, wie schachtelweise Dollar zu den Residenzen von FRG-Politikern gefahren wurden, unter anderem zum damaligen Vizepräsidenten Juan Francisco Reyes López, zu FRG-Chef Efraín Ríos Montt, aber auch zu dessen Sohn Enrique Ríos Montt.

Unterdessen wurde von der Staatsanwaltschaft eine Autopsie des unter Cernas Namen beerdigten Körpers angeordnet, um die genaue Todesursache festzustellen.

### Auch im Verteidigungsministerium

Ganz ähnlich wie im EMP muss es laut GAM auch im Verteidigungsministerium (MDN) zu- und hergegangen sein, obwohl hier noch keine befriedigenden Resultate der Staatsanwaltschaft vorlägen, wie es in dem Bericht heisst. Trotz der Aufhebung des Staatsgeheimnisses wurden offenbar nicht alle Bücher des MDN an die Staatsanwaltschaft übergeben, man geht davon aus, dass ein Teil davon zerstört oder zum Verschwinden gebracht wurde. Doch auch mit dem verbleibenden Material konnte bewiesen werden, dass im Jahr 2001 rund 90 Mio. aus dem Verteidigungsministerium verschwanden, ohne dass dies belegt ist. In den Jahren 2002 und 2003 handelt es sich um je rund 50 Mio. Quetzales. Herausgefunden hat man dies, weil die Summen, die das Verteidigungsministerium als Ausgaben deklarierte, höher waren als diejenigen, die laut Finanzministerium an das

Militär abgegeben wurden. Damit ist auch bewiesen, dass das Finanzministerium als Komplize bei dieser Hinterziehung fungierte. Pikantes Detail der Ergebnisse der Untersuchung der CGCN im Verteidigungsministerium ist, dass der Hauptmann Byron Miguel Lima Oliva, angeklagt des Mordes an Bischof Juan Gerardi, weiterhin sein Salär bezogen hatte.

Eine weitere Ironie dieser Geschichte ist, wie eine Kommission des Kongresses belegen konnte, dass just in den Jahren 2001 – 2003 auch im Rechnungsprüfungsamt CGCN Beträge von 22,25 und 68 Mio. Quetzales hinterzogen wurden.

Präsident Berger konnte derweil mit der Billigung des Haushaltes 2005 (siehe separater Artikel) und somit einer signifikanten Erhöhung des Etats für das Verteidigungsressort sein Angebot erfüllen, zusätzliche Gelder dem Ministerium zur Verfügung zu stellen, damit die Endjahresgehälter ausgezahlt werden können. Verteidigungsminister César Augusto Pinedo hatte bereits im Vorfeld finanzielle Probleme angekündigt, die auf die Reduzierung des Personals zurückzuführen seien, die wiederum ausserordentliche Entschädigungszahlungen erforderten. Berger gab sich diesbezüglich von vornherein zuversichtlich, dass sich sicherlich noch irgendwelche Fonds auftun liessen, die nicht von einer anderen Institution in Anspruch genommen würden, so dass dem Militär geholfen werden könne. Eine Quelle wurde dafür auch schon gefunden. 238 Mio. Quetzales wird voraussichtlich die Europäische Union stellen, 232 Mio. davon für Funktionsausgaben und ganze 6 Mio. für die Stärkung des Justizsektors der Institution.

Ursprünglich war der Militäretat 2005 auf 768,1 Mio. angesetzt. Nach diversen Modifikationen werden diesem Ressort jedoch 1'008 Mio. Q zur Verfügung stehen. Nineth Montenegro vom Linksbündnis ANN missbilligt, dass somit dieses Budget um 1% des BIP erhöht wurde und nicht, den Friedensverträgen entsprechend, 0,62% des BIP beträgt.

### Noch keine Haftbefehle

Noch wurden keine Haftbefehle gegen die in die Geldhinterziehung involvierten Militärs ausgesprochen. Am 26. November meldete sich Nineth Montenegro bei der Staatsanwaltschaft als Nebenklägerin in diesem Fall und beschuldigte den Ex-Präsidenten Portillo als Hauptverantwortlichen in dieser Geschichte. Gleichzeitig äusserte sie sich gegenüber der Presse besorgt über ihre eigene Sicherheit und diejenige von anderen in den Fall verwickelten möglichen ZeugInnen und verlangte für sich und diese speziellen Schutz.

## GewerkschafterInnen erhalten Lohnentschädigung und Land

**Guatemala, 19. Nov.** Zwölf Jahre dauerte der Kampf der GewerkschafterInnen der Kaffeeplantage Maria de Lourdes im Departement Quetzaltenango um Entschädigung und Land. Im September 2004 haben sie endlich das erhalten, was ihnen zusteht: Lohn-Entschädigungszahlungen für die vergangenen zwölf Jahre und ein eigenes Stück Land, um davon zu leben.

1992 begannen 46 Arbeiterfamilien sich auf der Kaffeeplantage gewerkschaftlich zu organisieren. Ihre Forderungen: Die Respektierung grundlegender ArbeitnehmerInnenrechte und die Zahlung des gesetzlichen Mindestlohns. Der Mindestlohn lag zu dem Zeitpunkt bei 11,20 Quetzales (1,5 US-Dollar), die ArbeiterInnen erhielten etwa die Hälfte davon. Die Besitzerin der Plantage, eine Verwandte des Präsidenten Oscar Berger, reagierte mit der Entlassung der ArbeiterInnen.

Die ArbeiterInnen klagten – und bekamen Recht, da die Entlassung nach guatemaltekischem Recht unrechtmässig war. Im Jahre 2002 ordnete der Oberste Gerichtshof die Wiedereinstellung der ArbeiterInnen und die Zahlung ausstehender Gehälter an. Doch die Besitzerin weigerte sich, dieser Anordnung nachzukommen. Für die GewerkschafterInnen bedeutete dies, weder Zugang zu Arbeit noch zu Land zu haben, um sich davon zu ernähren.

Im November 2003 beschlossen die Familien, einen Teil der Kaffeeplantage zu besetzen. Rückhalt fanden sie bei der nationalen Agrarreformbewegung, der *Plataforma Agraria*. Ihre Gemeinschaft nannten sie „El Paraíso – das Paradies“. Schon bald wurde das Paradies erschüttert. Am 22. Jan. 2004 wurden die BesetzerInnen gewaltsam vertrieben, gut eine Woche nach dem Amtsantritt von Berger. Es war unter der neuen Regierung die erste in einer Reihe von Fincaräumungen, die bis heute anhält. 21 Personen wurden unter anderem wegen Diebstahls und Verschwörung angeklagt.

Nachdem am 19. April zwei Sprecher der GewerkschafterInnen beim Verlassen des Regierungsgebäudes von Quetzaltenango, wo sie an einer Verhandlung über die Beilegung des Konflikts teilgenommen hatten, festgenommen wurden, rief die internationale Organisation FIAN (*Foodfirst Information & Action Network*) zu einer Eilaktion auf. Diese Aktion und Lobbyarbeit vor Ort führten dazu, dass die beiden Verhafteten freigelassen wurden. In der an den guatemaltekischen Präsidenten gerichteten Petition wurde eine Untersuchung gefordert ebenso wie die Zahlung der ausstehenden Gehälter und die

Aufhebung der Haftbefehle. Die Eilaktion trug dazu bei, den internationalen Druck zu erhöhen.

Im Juli wurde auch *amnesty international* aktiv, nachdem die Tochter einer der Gewerkschafterfamilien gezielt vergewaltigt wurde, um den Terror, dem die Familien seit ihrer Landbesetzung ausgesetzt waren, noch zu verstärken.

Der massive nationale und internationale Protest führte schließlich dazu,

dass Verhandlungen aufgenommen wurden und diese zu einer für die GewerkschafterInnen akzeptablen Lösung führten: Neben der Zahlung der Lohnentschädigung (55% des seit 1992 ausstehenden Lohnes, insgesamt rund 164'000 Euro), der Überschreibung von Land und der Verteilung von Baumaterialien für die neuen Häuser, wurden auch die Verfahren gegen die GewerkschafterInnen eingestellt.

## Licht aus für CNEE

**Guatemala, 22. Nov.** Das Verfassungsgericht (CC) entschied die Entlassung der Direktion der *Nationalen Energiekommission* (CNEE) und die Rückzahlung von zu Unrecht belasteten Stromtarifen. Das Gericht entschied aufgrund eines vom Menschenrechtsprokurator Sergio Morales eingereichten Rekurses, nachdem am 1. Mai dieses Jahres der sogenannte Sozialtarif für den Bezug von Strom erhöht wurde, obwohl sich das Verfassungsgericht bereits zuvor dagegen ausgesprochen hatte. (siehe ¡Fijáte! 319).

Das Gerichtsurteil verlangt die Rückzahlung von insgesamt 150 Mio. Quetzales an 1.8 Mio. StrombezieherInnen, die rund 94% aller StromkonsumentInnen ausmachen. Gemäss Energieminister Roberto González müssen die Verteilunternehmen EEGSA und Unión Fenosa in den nächsten Tagen einen Finanzplan vorlegen, wie sie das Geld zurückzubehalten gedenken bzw. mit den nächsten Stromrechnungen verrechnen wollen. Ebenfalls erklärte González, dass bereits das Prozedere eingeleitet wurde, um die drei entlassenen Direktoren der

CNEE zu ersetzen. Berücksichtigt werden dabei die Kandidaten, die bei der letzten Wahl im Jahre 2002 nicht angenommen wurden. Da aber zwei von insgesamt vier möglichen Kandidaten das Amt ablehnten, kommt es zu einem neuen Auswahlverfahren, bei dem es darum geht, den Vorsitzenden der CNEE zu bestimmen.

Die Reaktionen auf das Urteil des CC sind sehr unterschiedlich. Während die KonsumentInnen und Mitglieder des *Frente Nacional de la Dignidad*, welche mit einer Unterschriftenaktion den Rekurs von Morales unterstützten, das Urteil begrüßen, bezeichnen es die Vereinigung der Stromerzeuger und die Unión Fenosa als schädlich für zukünftige Projekte und ausländische Investitionen in den Energiesektor. Von dieser Seite wurden denn auch sofort Einsprüche gegen das Urteil eingereicht, doch das Verfassungsgericht blieb dabei und lehnte die Rekurse ab. Auch die drei abgesetzten CNEE-Mitglieder reichten einen Rekurs gegen ihre Kündigung ein, der jedoch vom Verfassungsgericht ebenfalls abgelehnt wurde.

## Anhaltender Femizid in Guatemala

**Guatemala, 25. Nov.** Noch vor der nordmexikanischen Stadt Ciudad Juárez und der chilenischen Stadt Alto Hospicio gilt Guatemala als Land der höchsten Mordrate an Frauen.

In Vorbereitung des 25. Nov., dem Int. Tag zu Gewalt gegen Frauen, resümierte eine regionale Konferenz von *amnesty international* die Situation. Seit 2001 hat das guatemaltekische Menschenrechtsprokurat (PDH) mehr als 1'000 Morde an Frauen registriert, deren Leichen enthauptet, erdrosselt und/ oder verstümmelt aufgefunden wurden und zum Teil mit Zetteln bespickt waren, auf denen Sprüche wie „Tod den Hündinnen“ standen. Die meisten der Opfer waren Hausangestellte oder Arbeiterinnen in den sog. *Maquilas*, Lohnveredelungsbetrieben, Studentinnen, aber auch Hausfrauen.

Sowohl die Sonderbeauftragte der UNO, Yakin Ertürk als auch die der *Inter-amerikanischen Menschenrechtskommission* (CIDH), Susana Villarán, die Guatemala im laufenden Jahr einen Inspektionsbesuch abstatteten, drückten ihr Erschrecken und Missfallen ob des offensichtlichen Unwillens der Regierung, sowohl präventive als auch juristische Massnahmen zu ergreifen, deutlich aus. Im Moment steht zur Diskussion, ob sich die CIDH Guatemala gerichtlich vornöpft und das Land zur Verantwortung zieht.

Gemäss Daten des *Netzwerkes der Nicht-Gewalt gegen die Frauen* sind seit Beginn des Jahres bis Mitte November bereits mehr als 410 Frauen gewaltsam zu Tode gekommen, die Mehrheit wurde mit Schusswaffen ermordet. Aufgeklärt ist, wenn überhaupt, ein Bruchteil davon.

# 1. Dezember: Stand der Dinge in Sachen HIV/AIDS

**Guatemala, 23. Nov.** Gemäss Aussagen von Gesundheitsorganisationen bestehen gravierende Diskrepanzen zwischen den Zahlen, die von ihnen und denen, die von den Regierungen Zentralamerikas bekannt gegeben werden und die Anzahl der von HIV/AIDS betroffenen Menschen beziffern. Auch wenn die quantitativen Angaben als Grundlage jedweder Aktion von Seiten der Gesundheitsministerien von Bedeutung sind, sehen einige AktivistInnen ein grösseres Problem in der Prioritätensetzung der angegangenen Projekte, die eher die sexuelle Enthaltbarkeit propagieren als die Benutzung von schützenden Methoden.

In Guatemala sind laut *Ärzte ohne Grenzen* rund 70 Tausend Personen mit dem HI-Virus infiziert. Währenddessen spricht die Regierung von 7'034 Personen, die Ende Juni zu den Betroffenen gezählt wurden. Die zahlenmässige Differenz, so klärte die Nationale Gesundheitsprogrammchefin Annelise de Salazar auf, beruhe dabei lediglich auf Unterschieden in der Interpretation der Daten. Auf der Grundlage international anerkannter Erfassungsmethoden gäben die 70'000 sowohl im Ministerium als auch in anderen Organisationen tatsächlich die Höhe des Schätzwertes der Betroffenen an, derweil die kleinere Zahl die Personen erfasst, die erkrankt und im Ministerium als solche registriert sind. Die Annahme einer hohen Dunkelziffer ist also immens.

Probleme der Datenerfassung und Unterschätzung liegen in der ganzen Region Zentralamerikas vor. Dies liegt vornehmlich an der Tatsache, dass der Grossteil der von HIV/AIDS betroffenen Menschen nicht medizinisch untersucht wird, solange sie keine Symptome zeigen und selbst dann bleiben viele Fälle aufgrund von finanziellen und infrastrukturellen Ursachen meist nicht-diagnostiziert. Weder gehört ein AIDS-Test zur grundlegenden medizinischen Routine noch ist er, ausser in Costa Rica, kostenfrei.

Einen weiteren Aspekt der abweichenden Daten stellt die Diskrepanz zwischen den an AIDS erkrankten Personen und denjenigen Betroffenen dar, die mit antiretroviralen Medikamenten versorgt werden. Neben dem fehlenden Check auf HIV liegt dies laut Sylvie Pouit, Direktorin von *Ärzte ohne Grenzen*, an den Falschdiagnosen, der Diskriminierung der PatientInnen in den Gesundheitszentren und dem Informationsmangel hinsichtlich möglicher Behandlung.

Gemäss dem UNO-Programm gegen

HIV/AIDS *ONUSIDA* belaufen sich die prozentualen Anteile der mit dem Virus infizierten Erwachsenen in El Salvador auf 0.7%, in Nicaragua auf 0.2%, in Costa Rica auf 0.6%, in Guatemala auf 1.1%, in Honduras auf 1.8% und in Panama auf 0.9%. Während die Anteile der registrierten von HIV/AIDS betroffenen SexarbeiterInnen in der Region zwischen 1 und 10% schwanken, liegen die Prozentzahlen der registrierten infizierten Homosexuellen zwischen 5.7 und 18%, in Guatemala sind es rund 5% der SexarbeiterInnen und ca. 9% der Homosexuellen. Statistiken des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) gaben derweil bekannt, dass in Guatemala rund 4'800 Kinder im Alter zwischen 0 und 14 Jahren mit dem Virus infiziert sind.

Auch wenn diese Daten zu belegen scheinen, dass es vor allem Risikogruppen sind, die mit dem Virus infiziert sind, bestätigen Beobachtungen, dass sich das Virus auch in der Allgemeinbevölkerung mehr und mehr verbreitet. Dee Smith, Koordinatorin des *Proyecto Vida* fügt hinzu, dass die Mehrzahl der Opfer des Virus zu armen und marginalisierten Bevölkerungsgruppen gehört. Zu merken sei ausserdem, dass sich durch den Anstieg der durch Guatemala durchreisenden MigrantInnen in Richtung USA, die Infektionsrate unter den heterosexuellen BäuerInnen erhöht habe, so Smith. Die Aktivistin stellt immer wieder fest, dass auf lokaler Ebene kein ausreichendes Wissen um die Situation herrscht und weder Regierungen noch Bevölkerung mit mehr Nachdruck eine weitere Verbreitung vorzubeugen suchen.

Aber auch für die Regierungen besteht ein grosses Problem in der finanziellen Frage des Aktionsradius. Gerade Immunsystem stärkende Medikamente, wie sie die Erkrankten benötigen, sind aufgrund der Patentrechte enorm teuer.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat im Dezember 2003 das Programm 3x5 ins Leben gerufen, das vorsieht, den Zugang zu antiretroviralen Medikamenten weltweit für 3 Millionen Personen bis Ende 2005 auszudehnen. Zur Erreichung dieses Ziels werden bis 2005 schätzungsweise US-\$ 10,5 Mrd. benötigt, die laut WHO bis 2007 auf US-\$ 15 Mrd. erhöht werden müssen. Doch gegenüber dieser Finanzinitiative verhalten sich die Länder der G8, die Hauptgeberländer, zu denen Deutschland, Kanada, die USA, Frankreich, Italien, Japan, Grossbritannien und Russland gehören, zögerlich. Vermutlich gründet sich die Skepsis auf den Plan der WHO, innerhalb des Vorhabens den Kauf von

Generika zu finanzieren. Die USA planen unterdessen, in den nächsten fünf Jahren US-\$ 15 Mrd. für die weltweite medizinische Behandlung von Malaria, Tuberkulose und AIDS auszugeben, US-\$ 1 Mrd. sind davon für die WHO gedacht. Doch diese stehen unter der Bedingung, nur patentierte Medikamente zu kaufen. Somit können 2 Mio. Menschen während fünf Jahren behandelt werden. Würden Generika gekauft, liesse sich der Behandlungszeitraum für diese 2 Mio. auf 20 Jahre ausdehnen.

Das Thema der Generika ist derzeit ohnehin ein Aspekt der zentralamerikanischen Polemik, steht doch der Eintritt des Freihandelsvertrags zwischen den USA und Zentralamerika an – zu dem sich inzwischen auch die Dominikanische Republik gesellt hat, in der die medikamentöse Versorgung der von HIV/AIDS betroffenen Bevölkerung besonders defizient ist. Mit der geplanten Öffnung der Märkte werden zugleich Bedingungen v.a. von den USA gegenüber Zentralamerika gestellt, die die Rechte auf geistiges Eigentum – und somit diverse Patentrechte – betreffen und grundsätzlich die jeweils nationalen Einkaufsmöglichkeiten u.a. von Medikamenten deutlich einschränken.

In Guatemala gilt das Departement Izabal als am stärksten von HIV/AIDS betroffen. Doch fraglich ist gerade bei dieser Angabe, wie weit dies aufgrund der oben erwähnten Problematik der Datenerfassung der tatsächlichen Verbreitung der Infektion im Land entspricht.

Offensichtlich ist das Bewusstsein über die Existenz und Gefahr der Krankheit im Land doch verstärkt vorhanden. Auf Initiative der *Zivilen Allianz für den Zugang zu Medikamenten* hat sich eine Reihe von sozialen Organisationen gefunden, die anlässlich des Welt-AIDS-Tags am 1. Dezember einen Solidaritäts-Fackel-Lauf veranstaltet haben.

Die guatemalteckische Regierung dagegen wird offensichtlich nur auf Befehl aktiv. Ähnlich wie 2002, wo sie vom *Interamerikanischen Menschenrechts-Gerichtshof* (CIDH) zur Übernahme der Behandlung von 12 HIV/AIDS-PatientInnen verurteilt wurde (siehe ¡Fijáte! 274), setzte eben dieses Gericht der Regierung Ende Oktober ein Ultimatum von 14 Tagen, um sich dem Schicksal von 11 erkrankten Personen anzunehmen. 2004 war auf Initiative des *Zentrums für Justiz und Internationales Recht* (CEJIL) die Klage von 2002 auf insgesamt 51 Personen ausgeweitet worden, von denen inzwischen 5 verstorben sind und alle ausser den elfen von *Ärzte ohne Grenzen* behandelt werden.